

# Übersichten

## Außenpolitik

### \* (1) Das 21. Jahrhundert - ein "asiatisches Saeculum"

Anlässlich einer APEC-Tagung (Asia Pacific Economic Conference) in Beijing kam es zu zahlreichen Reden, in denen der Niedergang der USA und Europas bei gleichzeitigem Aufstieg Asiens prognostiziert wurde. Europa sei "von ethnischen und wirtschaftlichen Problemen heimgesucht", hieß es, während sich "Asien politischer Stabilität und raschen wirtschaftlichen Wachstums erfreue". Den Asiaten stehe ein "leuchtendes Jahrhundert" bevor. China sei ein "fantastisch großer Markt". (XNA, 24.4.93)

Die chinesische Presse druckte Meinungen dieser Art offensichtlich mit großem Vergnügen nach. -we-

### \* (2) China verliert zwei "alte Freunde": Nordkorea und die Roten Khmer

Seit die VRCh mit der Republik Korea (Südkorea) im August 1992 diplomatische Beziehungen aufgenommen hat (Näheres dazu C.a., August 1992, Ü 7), stimmt die Welt zwischen den einst so eng verbündeten Nachbarn nicht mehr. Eigentlich war auch schon vorher nicht mehr alles im Lot gewesen; denn es war immer deutlicher geworden, daß Beijing politisch an Nordkorea einiges auszusetzen hatte, daß es aber vor allem wirtschaftlich weitaus mehr an Südkorea interessiert war.

Auffällig gleichzeitig mit der Anerkennung Südkoreas durch Beijing im August 1992 nahmen nordkoreanische Schnellboote chinesische Fischerboote unter Feuer, wobei es auf chinesischer Seite zu schweren Verlusten gekommen sein soll.

Als dann im September der damalige südkoreanische Präsident Roh Tae Wu Beijing besuchte, sollen angeblich fünf nordkoreanische Agenten in die chinesische Hauptstadt entsandt worden sein, um dort den südkoreanischen Gast zu ermorden. Die chinesische Seite habe von den Plänen jedoch erfahren und sie rechtzeitig verhindern können. (IHT, 13.4.93)

Im Dezember 1993 gab die chinesische Seite bekannt, daß alle chinesischen Exporte nach Nordkorea mit Beginn des Jahres 1993 nur mehr gegen Barzahlung geliefert würden und nicht mehr auf dem Tauschwege.

Als Antwort darauf begann Nordkorea die Grenze zu China hin unter verstärkter Kontrolle zu nehmen; am 11. März 1993 schließlich verriegelte es seine Grenzen nach China hin zwei Wochen lang hermetisch.

Für März 1993 war ferner ein Besuch Kim Jong Ils in China geplant. Da man sich zwischen beiden Seiten jedoch nicht über die Zusammenkunft des Kim Il Song-Sohns mit chinesischen Spitzenführern einigen konnte, habe dieser den Besuch wieder abgesagt.

Am 12. März 1993 erklärte sodann die nordkoreanische Regierung, daß sie aus dem Atomwaffensperrvertrag austrete, dem sie Anfang 1992 beigetreten war. (Dazu ausführlich C.a., März 1993, Ü 2) Diese Erklärung wurde inzwischen zum Alptraum Beijings; denn nichts paßt weniger in die außenpolitischen Planungen der VRCh als ein Atomwaffenbesitz Nordkoreas. Beijing kann sich die potentiellen Reaktionen anderer Nachbarstaaten auf diese Ankündigung hin an den fünf Fingern ausrechnen: Südkorea wird nun vermutlich nicht mehr ruhen, bis es ebenfalls im Besitz einer gleichwertigen Waffe ist - und möglicherweise trägt sich auch Japan mit solchen Plänen. Zwar erklärte Außenminister Qian Qichen, daß China Sanktionen gegen

Nordkorea nicht befürworte, doch sei Beijings Position andererseits vollkommen klar: Es hoffe, daß es auf der koreanischen Insel keinerlei Atomwaffen gibt! (Ebenda)

Die alte Versicherung, daß beide Nachbarn sich zueinander verhielten wie "Lippen und Zähne", klingt inzwischen nur noch wie Hohn. Ganz gewiß ist es den Nordkoreanern auch nicht verborgen geblieben, daß die chinesische Regierung zufrieden darüber gewesen ist, den "lästigen" Partner Nordkorea endlich etwas auf Distanz gebracht zu haben. (Ausführlich dazu C.a., Oktober 1992, Ü 4)

Angesichts der inzwischen so offen zutage getretenen Konflikte zwischen Beijing und Pyongyang kann man davon ausgehen, daß die Kim-Familie nun erst recht an ihren Plänen zum Bau einer eigenen Atombombe festhält. Allein schon die Erklärung Pyongyangs vom 12.3.1993, aus dem Atomwaffen-Sperrvertrag auszutreten, war ein Beweis dafür, wie sehr Beijing in der Zwischenzeit an Einfluß auf seinen nordöstlichen Nachbarn verloren hat. Kim Il Song muß gegen Ende seines Lebens erkennen, daß sein Lebenswerk vielleicht schon bald wieder zugrunde gehen könnte - und zwar nicht zuletzt wegen des "Verrats" der chinesischen Reformen - und natürlich auch Moskaus! Die Entwicklung einer Nuklearbombe im Sinne einer "Überlebensstrategie" erscheint deshalb nicht unwahrscheinlich. Die Freundschaft zu China wird durch eine solche Haltung nicht gerade wiederhergestellt!

Immerhin suchen beide Seiten derweilen noch ein Minimum von Kooperationsbeziehungen aufrechtzuerhalten. So gratulierte der nordkoreanische Ministerpräsident am 30. März 1993 seinem Amtskollegen Li Peng zur Wiederwahl. (Radio Pyongyang in SWB, 2.4.93) Im Gegenzug sagte China der nordkoreanischen Seite zu, sie weiterhin mit Rohöl zu beliefern. (Yonhap in SWB, 3.4.93)

Gleichzeitig begann die Volksrepublik damit, Nordkorea geduldig zu überreden, seine Kündigung des NPT (Non-Proliferation Treaty) noch einmal zu überdenken. (Yonhap in SWB, 21.4.93)

Aber auch mit den einstigen Verbündeten im Süden, den *Roten Khmer*, hat die VRCh nicht mehr besonders viel

Glück. China hat als einer der Fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats systematisch auf den "Kambodscha-Friedensvertrag" von Paris hingearbeitet, der bekanntlich am 23. Oktober 1992 unterzeichnet wurde. Die UNO/UNTAC wurde dabei mit sieben Aufgaben betraut, nämlich der Befriedung, der Wahlvorbereitung, des Schutzes der Menschenrechte, der Repatriierung von Flüchtlingen, der Freilassung politischer Gefangener, dem Wiederaufbau und der Schaffung vor allem legislativer Grundlagen für das "neue" Kambodscha. Nahezu alle sieben Ziele sind von den Roten Khmer schon innerhalb von Jahresfrist systematisch blockiert worden. (Näheres dazu SOAa, November 1992, S.555 ff.)

Immer wieder versuchte Beijing den Prozeß dadurch zu beeinflussen, daß es alle vier kambodschanischen Bürgerkriegsparteien, also auch die Roten Khmer, nach China einlud, um sie dort auf seine Linie zu bringen. Zum maßlosen Erstaunen Beijings erwiesen sich die Roten Khmer, die doch jahrelang (politisch und logistisch) am "Tropf Beijings gehangen" hatten, als uneinsichtig und "undankbar": taten sie doch alles, um den Friedensprozeß in Kambodscha zu torpedieren, vor allem aber die geplanten Wahlen vom 23. bis 27. Mai zu boykottieren - und damit dem erklärten Willen der VRCh entgegenzuhalten.

Zwar nimmt China die Roten Khmer - ebenso wie die Nordkoreaner - gegen offene Sanktionen nach wie vor in Schutz; doch ist es den Chinesen anzumerken, daß sie hier eigentlich nur noch handeln, um das eigene Gesicht nicht ganz zu verlieren.

Am 19. April einigte sich die chinesische und die thailändische Seite darauf, daß die kambodschanischen Wahlen zum vorgesehenen Zeitpunkt abgehalten - also keineswegs verschoben oder, wie die Khmer Rouge es wünscht, überhaupt blockiert werden sollten. (Kyodo in SWB, 21.4.93) Diese Einigung erfolgte anlässlich eines Besuchs des chinesischen Außenministers Qian Qichen in Bangkok.

Als einzige der vier Bürgerkriegsparteien boykottierten die Roten Khmer am 6. Mai 1993 eine von den Chinesen erneut nach Beijing einberufene Krisenkonferenz. Nur Son Sann, Vertreter

der Phnom Penher Regierung, und der Vorsitzende des Obersten Nationalrats von Kambodscha, Prinz Sihanouk, nahmen an der Konferenz in Beijing teil. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Sicherheitslage in Kambodscha, die sich nach mehreren Überfällen der Roten Khmer inzwischen noch verschärft hat; hatten die Rebellen doch nicht nur einen UNO-Konvoi attackiert, sondern außerdem noch chinesische UNO-Truppen angegriffen.

Man erinnere sich: Auch mit der UdSSR und mit Nordvietnam hatte es viele Jahre "brüderliche" Zusammenarbeit gegeben. Das gute Verhältnis schien auch dann noch weiterzugehen, als es im Gebälk längst zu knacken begonnen hatte. Offensichtlich mußte die gegenseitige Feindschaft erst eine bestimmte Temperatur erreicht haben, ehe dann auch das Erklärungsverhalten Beijings umschlug, und zwar von Freundschaft fast übergangslos auf Todfeindschaft - gegenüber Moskau war dies 1963, gegenüber Hanoi Ende 1978 der Fall. Man wird abwarten müssen, ob und in welchem Maße die Stimmung Beijings sich nun auch gegenüber Nordkorea und den Roten Khmer erhitzt. Vielleicht aber werden die "Gaoli bangzi" (koreanischen "Knüppel") und die - von Sihanouk so titulierten - "Draculae" in Kambodscha von den Chinesen nicht ganz so ernst genommen wie die Sowjets und die Vietnamesen. Dies hieße, daß ihr "respektloses" Verhalten nur mit innerem Zorn weiterverfolgt würde, ohne daß China deshalb gleich die Contenance verlöre. -we-

**\*(3) China hält am Wahltermin in Kambodscha fest**

Mitte April besuchte der chinesische Außenminister Qian Qichen Thailand und besprach mit seinem dortigen Amtskollegen u.a. die Kambodscha-Frage.

Beide Seiten waren sich schnell darin einig, daß der von der UNO anberaumte Wahltermin vom 23. bis 27. Mai unbedingt eingehalten werden müsse. (The Nation und Bangkok Post, 20.4.93) Allerdings wolle China keine Beobachter zu den Wahlen entsenden, da es nicht Politik der Volksrepublik sei, daß eine Nation sich in die internen Angelegenheiten einer anderen

einmische. (Zu den chinesisch-thailändischen Gesprächen vgl. XNA, 20. und 22.4.93)

Beide Seiten gingen auch davon aus, daß die Khmers Rouges nicht bereit seien, sich an den Friedensprozeß zu halten, wie er im Vertrag von Paris von 1991 festgelegt worden sei - und dies, obgleich sowohl Thailand als auch China immer wieder versucht hätten, die Roten Khmer "zurück auf den Friedenspfad zu bringen". In diesem Zusammenhang sollte nochmals darauf hingewiesen werden, daß Thailand und China jene beiden Mächte waren, die jahrelang die meisten Kontakt mit den Roten Khmer hatten. Wenn auch sie nun mit ihrer Einflußnahme gescheitert sind, so will dies schon einiges heißen!

Vor allem China scheint erkannt zu haben, daß es bei den Roten Khmer kaum noch Gehör findet, und daß es daraus früher oder später seine Konsequenzen ziehen - und vielleicht auch eine härtere Gangart gegenüber den Roten Khmer einschlagen muß.

Die Khmers Rouges haben diese Sprache inzwischen verstanden und damit geantwortet, daß sie noch während der Qian-Visite in Bangkok durch ihre Einheiten eine chinesische Abteilung der UNO-Truppen angreifen ließen.

Gerne unterstreicht China auch immer wieder seine Nichteinmischungspolitik: Auf keinen Fall wolle es eine der Parteien im kambodschanischen Bürgerkrieg unterstützen. (XNA in SWB, 23.4.93) Dies klingt nun etwas übertrieben, wenn man bedenkt, daß die Volksrepublik seit den frühen 70er Jahren mit zu den Hauptlieferanten zunächst ideologischer und später physischer Waffen an die Roten Khmer gehört hat. Seit dem "halboffen" ausgebrochenen Konflikt zwischen Beijing und den Roten Khmer jedoch macht diese Nichteinmischungspolitik wirklich Sinn! -we-

**\*(4) Der singapurische Ministerpräsident in der Volksrepublik: Keine "chinesische Gefahr"**

Am 19. April kam der singapurische Ministerpräsident Goh Chok Tong auf Einladung seines Amtskollegen Li

Peng zu einem offiziellen Besuch nach China. (XNA, 19.4.93) Dabei traf er nicht nur mit den Repräsentanten der zentralen Führung, sondern auch mit Delegierten verschiedener Wirtschafts-sonderzonen zusammen: Immerhin gab es bis dahin bereits 1.300 Projekte von Investoren aus Singapur mit einer Gesamtsumme von 1,8 Mrd.US\$. Beide Seiten betonten auch, daß es noch ein "großes wirtschaftliches Kooperationspotential" zwischen ihnen gebe. (XNA, 20.4.93)

Die chinesische Propaganda nahm den Besuch Gohs zum Anlaß, um erneut gegen das "Märchen von einer chinesischen Gefahr" anzugehen. (XNA, 21.4.93) China gebe für seine Verteidigung unter allen Großmächten pro Einwohner weitaus am wenigsten aus. Es besitze weder Militärbasen in anderen Ländern noch habe es Soldaten im Ausland stationiert. Immer wieder auch habe es erklärt - und durch seine Politik bestätigt -, daß Hegemonismus und Machtpolitik für die Volksrepublik kein Thema seien. Der Antihegemonismus gehöre mit zu den Hauptelementen der chinesischen Außenpolitik.

Personen, die das Märchen von einer "chinesischen Bedrohung" auftischten, seien entweder Ignoranten oder aber handelten aus böswilligen Motiven, indem sie (1) die öffentliche Meinung gegen China aufzubringen versuchten und darüber hinaus (2) sich alle Mühe gäben, Zwietracht zwischen China und seinen Nachbarn zu säen. Angesichts der Tatsache, daß es gegenwärtig auf der Welt nur noch im asiatisch-pazifischen Raum ein hohes Wirtschaftswachstum gebe, werde China beneidet - und entsprechend diskriminiert. Nicht zuletzt aber (3) nähmen einige Mächte die angebliche "Bedrohung" asiatisch-pazifischer Nationen durch China zum Anlaß, um ihre eigenen Waffengeschäfte neu zu beleben. Sie handelten also aus "durchsichtigen Motiven"! -we-

\*(5)

#### Indische Besorgnisse über eine "Zwei Ozean-Marinemacht" China

Anläßlich eines viertägigen Besuchs des indischen Ministerpräsidenten Narashimha Rao vom 7. bis 10. April 1993 in Bangkok äußerte der indische Gast seine Sorgen über Beijings Versuche, auf dem Wege über birmanische Hä-

fen gleichsam "durch die Hintertür" einen Zugang zum Indischen Ozean zu finden und damit zu einer "Zwei Ozean-Macht" (im Indik und im Pazifik) zu werden. Unter diesen Umständen sehe sich Indien gezwungen, auch mit Japan und anderen asiatischen Staaten eine engere Zusammenarbeit anzustreben.

Die Entwicklung in Myanmar bereitet der indischen Politik Kopfzerbrechen - mehr aber noch die neuerdings zu beobachtende enge Zusammenarbeit zwischen China und Myanmar. Nach den Informationen, die der indischen Regierung vorlägen, seien chinesische Marinetechniker in den letzten Wochen häufig im Bereich des Irravaddy-Deltas und im südbirmanischen Hafen von Mergui gesehen worden, vor allem aber in dem geplanten Tiefseewasserhafen von Thiwala (ebenfalls am Irravaddy-Delta). (N, 10.4.93)

Zwischen China und Birma ist es in den vergangenen Monaten in der Tat zu zahlreichen subtilen Schritten gekommen, vor allem zu Besuchen kleinerer Abordnungen, seien es nun Gesundheits- oder Sportdelegationen. (z.B. XNA, 20. und 29.4.93)

Indien betrachtet solche vorsichtigen Bewegungen offensichtlich mit besonderem Mißtrauen.

Indien ist deshalb so hellhörig geworden, weil die VR China neuerdings dazu übergegangen ist, verstärkt ihre Marine aufzurüsten. Spiritus rector ist Admiral Liu Huaqing, der beim XIV. Parteitag ins Politbüro gewählt wurde und der offensichtlich besonderen Wert auf eine "professionalistische" Linie in der VBA und damit gleichzeitig auch auf den Ausbau einer schlagkräftigen Marine legt.

In der VBA scheint sich zwischenzeitlich eine neue Sicherheitsdoktrin durchgesetzt zu haben, die auf Vorwärtsverteidigung vor allem in küstennahen Bereichen und im Südchinesischen Meer (Spratley-Archipel!) abzielt. Darauf deutet erstens die zielstrebige Modernisierung der Marineausrüstung und zweitens der (mögliche) Erwerb von "Vorwärtsbasen" hin.

- Was den ersteren Punkt angeht, so sind in den zurückliegenden Jahren einschlägige Waffen angeschafft worden, angefangen von schnell einsatzfähigen

Schiffseinheiten über Truppentransporter und Einrichtungen für Langstreckeneinsätze. Geplant ist der Einkauf zusätzlicher Schiffseinheiten aus Rußland und möglicherweise sogar eines Flugzeugträgers aus der Ukraine.

- Was die "Vorwärtsbasen" angeht, so scheint in der VBA-Führung neuerdings der Erwerb des Marinestützpunkts unweit vom Andanamischen Meer und vom westlichen Eingang zu den "Straits" vorgesehen zu sein, d.h. zur Malakka- und anderen Schifffahrtsstraßen.

China bezeichnet solche Verdachtsmoment erwartungsgemäß als aus der Luft gegriffen; doch steht fest, daß nach dem Rückzug der beiden Supermächte die asiatischen Mächte selbst dabei sind, die von der UdSSR und von den USA hinterlassenen "Vakua" auszufüllen. Dabei ist Indien im Bereich des Indischen Ozeans nicht gerade mit Zurückhaltung vorgegangen. Möglicherweise sind die neuen Versuche Chinas, auch im Indischen Ozean besser Fuß zu fassen, nichts anderes als eine Reaktion auf die indische Marinopolitik, obwohl die indische Seite in der Zwischenzeit anzudeuten scheint, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. -we-

\*(6)

#### Philippinischer Besuch in China

Vom 25. bis 30. April 1993 besuchte der philippinische Präsident Fidel Ramos die VRCh. Es war dies die fünfte Auslandsreise seit seinem Amtsantritt vor neun Monaten. Vorausgegangen waren Visiten in Brunei, Thailand, Malaysia, Singapur und Japan - ein Zeichen dafür, wie Manila seine Akzente setzt. (XNA, 15.4.93)

In der Delegation befanden sich zehn Kabinettsmitglieder und 55 führende Geschäftsleute.

Während seiner sechstägigen Visite besuchte Ramos auch Shanghai und Guangzhou, also die am schnellsten sich entwickelnden Gebiete in der Volksrepublik. Immer wieder sprach Ramos der VRCh seine Bewunderung für das 12,8% BSP-Wachstum im J. 1992 aus.

Ramos war der zweite philippinische Präsident, der seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen

zwischen beiden Seiten i.J. 1975 nach China kam. Vor ihm hatte seine Vorgängerin, Präsidentin Corazon Aquino, der Volksrepublik einen Besuch abgestattet.

Während der Anwesenheit des Präsidenten kam es zur Unterzeichnung von neun Joint Ventures, und zwar sowohl philippinischer Geschäftsleute in China als auch umgekehrt. Die Volksrepublik beispielsweise will auf den Philippinen ein 300 MW-KKW zu einem Kostenpunkt von 273 Mio.US\$ aufbauen. (XNA, 22.4.93)

U.a. bat Ramos die chinesische Seite, die Handelsbilanz zwischen beiden Seiten wieder ins Gleichgewicht zu bringen. (XNA, 22.4.93)

Der Handelsaustausch zwischen beiden Seiten wird bis Ende 1993 vermutlich 600 Mio.US\$ betragen - verglichen mit 350 Mio. i.J. 1991. (XNA, 18.4.93)

Drei Dokumente wurden während Ramos' Besuch unterzeichnet, nämlich ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Kooperation, ein Protokoll über Warenimporte und -exporte für das Jahr 1993 und ein Protokoll für die Zusammenarbeit auf touristischem Gebiet im Zeitraum 1993/94. (XNA, 27.4.93)

Ramos verlangte auch eine Sicherheitsgarantie Chinas: China als einzige Atommacht der Region spiele für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum eine entscheidende Rolle und sei daher in besonderem Maße für die regionale Sicherheit verantwortlich. Die Philippinen und ihre Nachbarn seien besorgt über Chinas rapides militärisches Modernisierungsprogramm.

Alles in allem bezeichnete Ramos seinen Besuch als "ungewöhnlich erfolgreich" und als "Meilenstein"; möglicherweise war er durch seine Gastgeber davon überzeugt worden, daß seine ursprünglichen Sicherheitsbesorgnisse zu Unrecht bestanden.

Der Besuch des philippinischen Präsidenten lieferte auch Anlaß für Gerüchte um Li Pengs Gesundheitszustand. Da sich Li Peng zu medizinischer Behandlung in ein Spital habe begeben müssen, sei es ihm nicht möglich, mit Ramos zusammenzutreffen, hieß es in einer Verlautbarung des Außenmini-

steriums. Li Peng habe sich "eine Erkältung" zugezogen. In Kürze werde außerdem eine Verlautbarung der Regierung zu Li Pengs geplanter Reise nach Zentralasien erfolgen.

Bezeichnenderweise begann daraufhin sofort die Gerüchteküche in Beijing hochzubrodern. Es zeigte sich dann aber doch, daß Li Peng tatsächlich physisch erkrankt war und nicht etwa einen "politischen Schnupfen" hatte. (Dazu NZZ, 28.4.93) -we-

\*(7)

### Hämische Berichte über die Olympiabewerbung Berlins

Während China sich tief vor dem "Gott" IOC verbeugt (dazu ausführlich C.a., April 1993, Ü 7) und das Blaue vom Himmel verspricht (ausführlich dazu u.a. SCMP, 6.3.93) (manchmal ist hier von einer "Obsession Beijings" die Rede, SCMP, 7.3.93), konnte es mit einem gewissen Vergnügen die "antiolympischen Demonstrationen" in Berlin beobachten. Die Berichterstattung von Xinhua zu diesem Thema war ungewöhnlich ausführlich. Auf der einen Seite ist davon die Rede, daß die "chinesische Jugend den Antrag Beijings auf Abhaltung der Olympischen Spiele unterstützt" (XNA, 17.4.93), und daß China ganz gewiß in der Lage sei, die Olympischen Spiele auszurichten (XNA, 29.4.93), auf der anderen Seite aber wird berichtet, daß "nahezu 10.000 Berliner Bürger am 18. April gegen die Abhaltung Olympischer Spiele in Berlin i.J. 2000 protestiert" haben. Es seien die "olympischen Bosse angegriffen" und der Slogan der "No-Olympics" ausgegeben worden.

Indirekt gab der chinesische Berichterstatte (XNA, 20.4.93) damit seiner Meinung Ausdruck, daß Berlin bei seinem Wettbewerb mit Beijing, Sidney, Brasilia, Istanbul und Manchester wohl wenig Chancen habe.

Auch in Rostock, dem geplanten Austragungsort für die Segelwettbewerbe, seien die IOC-Vertreter mit antiolympischen Parolen empfangen worden. Rostock habe sich bereits im August 1992 durch Ausschreitungen gegen Ausländer einen üblen Ruf erworben. In diesem Zusammenhang kommt der Bericht auch noch auf die Berliner Olympiade von 1936 zu sprechen, in deren Verlauf Adolf Hitler die Spiele

als "eine Bühne für die arische Überlegenheit" benutzt habe. (Weitere Berichte zu diesem Thema: XNA, 16., 17., 19., 20., 22. und 27.4.93)

Das "anarchistische" und durch 1936 "belastete" Berlin will also allen Ernstes gegen das ordentliche, wohlorganisierte und voller Ungeduld auf den Zuschlag wartende Beijing konkurrieren! -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(8)

### Weiterhin intraelitäre Meinungsunterschiede über wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität

Einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Xin Bao* zufolge kamen das Politbüro des ZK der KPCh und der Staatsrat vom 23. bis 25. April 1993 zu einer gemeinsamen Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung zusammen. An der Konferenz nahmen auch die früheren Politbüromitglieder Yao Yilin und Song Ping teil, die beide Verfechter einer eher planorientierten Wirtschaftsordnung sind. Zusammen mit den Staatsratskommissaren Chen Junsheng und Li Guixian (gleichzeitig Präsident der Volksbank) sowie dem früheren Finanzminister Wang Bingqian machten sie ihren Standpunkt deutlich, daß die Wirtschaft schon erheblich überhitzt sei und eine Reihe von Sektoren bereits außer Kontrolle geraten seien, wie die Anlageinvestitionen, die staatliche Kreditvergabe, die Aktienmärkte und der Immobilienmarkt. Sie forderten, daß die entstandenen Probleme eines nach dem anderen gelöst werden müßten. (*Xin Bao*, 30.4.93, in SWB, 4.5.93)

Song Ping mahnte, man müsse einen klaren Kopf behalten und dürfe sich nicht durch die einseitige Erfolgsberichterstattung und die Verniedlichung des schwerwiegenden Charakters der entstandenen Probleme durch einige Parteiführer täuschen lassen. Yao Yilin nannte es unverantwortlich, die Existenz der Überhitzung der Wirtschaft zu leugnen, wie dies Anfang des Jahres geschehen sei. Wenn man die bestehenden Probleme ignoriere und nicht löse, dann werde es zwischen